



# Nahostkrise verschärft globale Unsicherheiten

AHK World Business Outlook Frühjahr 2026

DIHK

AHK

# Inhalt

|   |    |
|---|----|
| Weltwirtschaft im Krisenmodus .....                         | 3  |
| Globale Konjunktur: Erwartungen deutscher Unternehmen ..... | 7  |
| Investitions- und Personalplanung .....                     | 13 |
| Geschäftsrisiken weltweit .....                             | 17 |
| Umgang mit globalen Herausforderungen .....                 | 20 |

# Methodik

Der AHK World Business Outlook basiert auf einer regelmäßigen DIHK-Umfrage bei den Mitgliedsunternehmen der Deutschen Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen (AHKs). Sie erfasst im Frühjahr 2026 die Rückmeldungen von weltweit über 4.500 deutschen Unternehmen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften sowie Unternehmen mit engem Deutschlandbezug. Die Umfrage wurde vom 16. März bis 10. April 2026 durchgeführt. 40 Prozent der antwortenden Unternehmen stammen aus dem Bereich Industrie und Baugewerbe, 42 Prozent aus dem Dienstleistungssektor und weitere 18 Prozent sind Handelsunternehmen. Kleinere Unternehmen mit weniger als 100 Mitarbeitern machen 54 Prozent der Antworten aus. 26 Prozent der Unternehmen beschäftigen 100 bis 1.000 Mitarbeiter. Große Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeiter haben einen Anteil von 20 Prozent der Befragten weltweit. 47 Prozent sind Tochterunternehmen/Niederlassungen von deutschen Unternehmen, 43 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen ohne Niederlassung in Deutschland und weitere 10 Prozent sind lokale oder (nicht deutsche) internationale Unternehmen mit einer Niederlassung in Deutschland. Die Ergebnisse für die kontinentalen Regionen sowie den globalen Wert sind gewichtet. Grundlage für die Gewichtung eines einzelnen Landes bildet das durchschnittliche Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Jahre 2017–2021 in US-Dollar. Die Fragen zu Geschäftslage, Erwartungen, Konjunktur, Investitionen und Beschäftigung werden entsprechend gewichtet.

Im Statistischen Anhang finden Sie den Fragebogen sowie detaillierte Daten für die einzelnen Länder.

# Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer  
Bereich Internationale Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftsrecht  
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte  
Telefon 030 20308-0

DIHK Online : [Homepage](#) | [Facebook](#) | [X\(Twitter\)](#) | [LinkedIn](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Lola Machleid

Grafik: Sebastian Tütze

Titelbild: <https://www.gettyimages.de/>

Stand: Mai 2026



## Weltwirtschaft im Krisenmodus

Die Weltwirtschaft ist von einer geopolitischen Krise hohen Ausmaßes betroffen. Der Konflikt im Nahen Osten legt offen, wie anfällig globalisierte Arbeitsteilung ist, wenn hochfrequentierte Handelsrouten wie die Straße von Hormus im Fokus geopolitischer Auseinandersetzungen stehen. Für die unterschiedlich starken Auswirkungen der Krise auf die einzelnen Märkte sind nicht nur die geografische Distanz, sondern vor allem die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus der Golfregion entscheidend.

Der **AHK World Business Outlook Frühjahr 2026** zeigt eine Weltwirtschaft, die tief im Krisenmodus steckt. Die Erwartungen an eine konjunkturelle Erholung sind insgesamt weggeknickt. Der noch im Herbst des Vorjahres zu beobachtende Optimismus erweist sich rückblickend nur als flüchtiger Hoffnungswert. Stattdessen wird das globale Geschäftsumfeld als fragil und schwer kalkulierbar wahrgenommen. Eine wirtschaftliche Erholung rückt ein weiteres Mal in eine fernere Zukunft. Der Krieg im Nahen Osten verdeutlicht die aktuelle Verwundbarkeit globalisierter Wertschöpfung, insbesondere durch Risiken für zentrale Energie- und Handelsrouten. Die Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten aus der Golfregion erweist sich dabei als zentraler Belastungsfaktor – mit deutlich unterschiedlichen regionalen Auswirkungen.

Immerhin: Der Abwärtstrend bei der Geschäftslage der Unternehmen ist vorerst gestoppt. Vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen erweisen sich die Geschäfte deutscher Unternehmen an ihren Auslandsstandorten als vergleichsweise robust. Auch trüben sich ihre Geschäftserwartungen zwar aufgrund der aktuellen Krisen ein, jedoch weniger stark als ihre Erwartungen an die konjunkturellen Entwicklungen vor Ort. Die Stabilisierung der Geschäftslage zeigt jedoch auch, dass das Ausmaß des Kriegs im Nahen Osten und dessen Folgen für die Weltwirtschaft noch nicht überall angekommen sind. Kosten- und Versorgungsrisiken dürften im Zeitablauf an Bedeutung gewinnen. Auch die Nachfrage bleibt unsicher. Viele Unternehmen agieren abwartend. Investitionen und Beschäftigungspläne fallen zurückhaltender als noch zuletzt aus.

In Folge des Konflikts im Nahen Osten hat sich das Risiko hoher Energiepreise gegenüber dem Herbst mehr als verdoppelt. Lieferkettenstörungen und Rohstoffpreise gewinnen als Risiken für die Geschäfte der Unternehmen ebenfalls stark an Bedeutung. Europa und große Teile Asiens sind aufgrund ihrer Importabhängigkeit besonders betroffen, während die USA als Nettoölexporteur und China durch Diversifizierung und eigene Reserven besser positioniert sind. Davon können auch deutsche Unternehmen profitieren, die aufgrund der protektionistischen Wirtschaftspolitik Chinas und der USA dort hauptsächlich für den jeweiligen Markt produzieren. Vergleichsweise optimistisch bleibt Süd- und Mittelamerika, begünstigt durch geografische Distanz, eigene Ressourcen und aktuell aufgehellten Erwartungen im Zusammenhang mit dem Mercosur-Freihandelsabkommen.

Insgesamt unterstreichen die Umfrageergebnisse einen strukturellen Wandel der Globalisierung: Effizienz tritt zugunsten von Resilienz und Diversifizierung in den Hintergrund – zulasten der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der noch offenen Frage, ob die Nachfrage hier Schritt halten kann. Deutsche Auslandsunternehmen reagieren mit Anpassungen ihrer Lieferketten, Produktionsnetzwerke und Beschaffungsstrategien. Die langfristigen wirtschaftlichen Folgen des Kriegs im Nahen Osten werden die globale Wirtschaft und unternehmerische Entscheidungen sehr wahrscheinlich nachhaltig prägen.



# Wesentliche Umfrage-Ergebnisse

AHK World Business Outlook Frühjahr 2026

|                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <p><b>Konjunkturerwartungen</b></p> | <p>Mit Blick auf die weltweite konjunkturelle Entwicklung sind die deutschen Unternehmen aktuell deutlich pessimistischer als im Herbst 2025. Der Krieg im Nahen Osten hat die Hoffnung auf eine breite konjunkturelle Erholung zunichte gemacht. Die Konjunkturerwartungen rutschen deutlich in den negativen Bereich und liegen nur knapp über dem Niveau des Zollschocks im letzten Jahr. Der Anteil derjenigen, die eine Abschwächung erwarten, ist deutlich gestiegen – von 24 auf 32 Prozent. 21 Prozent der Unternehmen rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit einer besseren Konjunktur an ihren Standorten (Herbst 2025: 26 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von plus zwei auf minus elf Punkte und liegt merklich unter dem Durchschnittswert von plus einem Punkt.</p> |
| <p><b>Geschäftslage</b></p>         | <p>Die Geschäftslage deutscher Unternehmen an ihren internationalen Standorten stabilisiert sich vorerst. Die aktuelle Lage wird im Frühjahr 2026 etwas besser als noch im Herbst 2025. Auch dieser Wert liegt unter dem langjährigen Durchschnitt. Aktuell stufen 39 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut ein, 13 Prozent als schlecht. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen steigt damit von 25 auf 26 Punkte. Die aktuelle Geschäftslage liegt weiterhin unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre (33 Punkte).</p>  |
| <p><b>Geschäftserwartungen</b></p>  | <p>Die Geschäftserwartungen der Unternehmen verschlechtern sich weltweit deutlich. Der Saldo aus „besser“ und „schlechter“ Meldungen sinkt unter das durchschnittliche Niveau: 15 Prozent gehen von einer Verschlechterung ihrer Geschäftstätigkeit vor Ort aus (Herbst 2025: zehn Prozent). 43 Prozent rechnen mit besseren Geschäften (Herbst 2025: 44 Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von 34 auf 28 Punkte und liegt wieder unter dem langjährigen Durchschnitt von 33 Punkten.</p>   |
| <p><b>Geschäftsrisiken</b></p>      | <p>Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl konjunktureller und wirtschaftspolitischer Risiken konfrontiert, die von aktuellen weltwirtschaftlichen Herausforderungen geprägt sind. Das häufigste Geschäftsrisiko sind hohe Energiepreise (46 Prozent, Herbst 2025: 19 Prozent, langjähriger Schnitt 30 Prozent). Ebenfalls auffällig ist die Zunahme des Risikos der Lieferkettenstörungen – eine Verdoppelung auf 40 Prozent. Der Anstieg von Rohstoffpreisen spielt für 37 Prozent der Unternehmen eine Rolle (Herbst 2025: 21 Prozent). Besonders hoch ist nach wie vor das Nachfragerisiko. Knapp die Hälfte der Unternehmen (44 Prozent nach zuvor 47 Prozent) ist besorgt, dass die Nachfrage ein konjunktureller Wackelkandidat werden könnte.</p>  |
| <p><b>Investitionsabsichten</b></p> | <p>Bei der Planung von Investitionen zeigen sich deutsche Unternehmen an ihren internationalen Standorten zurückhaltend. 31 Prozent planen in den kommenden zwölf Monaten höhere Investitionen (Herbst 2025: 29 Prozent), während 22 Prozent ihren Kapitaleinsatz reduzieren wollen (Herbst 2025: 16 Prozent). Der Saldo sinkt damit von 13 auf neun Punkte und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt (14</p>  |



|                                       |   |
|---------------------------------------|---|
|                                       | <p>Punkte). Die Investitionsdynamik deutscher Unternehmen im Ausland verliert wieder an Fahrt.</p>  |
| <p><b>Beschäftigungsabsichten</b></p> | <p>Der pessimistische Blick auf die künftige Konjunktorentwicklung spiegelt sich in den Beschäftigungsplänen deutscher Unternehmen im Ausland wider. Der anhaltende Konflikt im Nahen Osten und dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft sorgen für zurückhaltende Personalpläne der Unternehmen. 31 Prozent planen, ihren Personalbestand in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen, 16 Prozent rechnen mit einem Rückgang. Der Saldo aus steigenden und sinkenden Beschäftigungsabsichten verschlechtert sich leicht von 16 auf 15 Punkte. Damit bleiben die Personalpläne auch weiterhin hinter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten zurück.</p> |

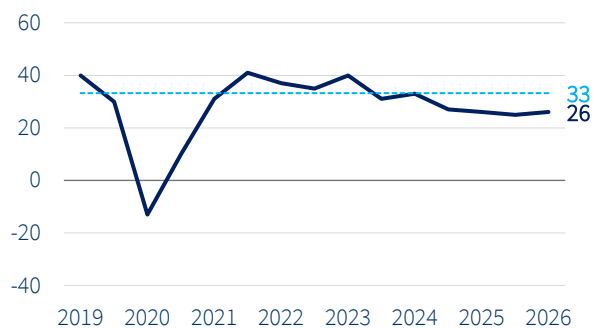


# Gesamtergebnis

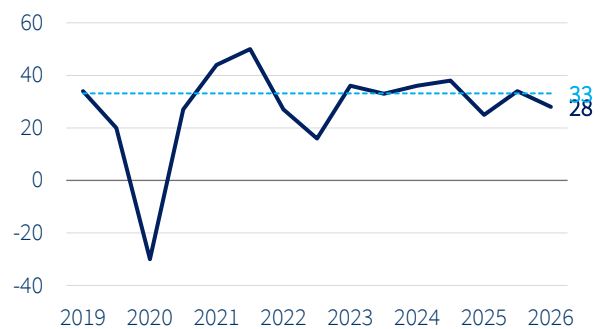
Alle Grafiken bilden den Saldo aus besser/höher/gut und schlechter/geringer/schlecht Antworten ab.

— Saldo      - - - Schnitt seit 2015

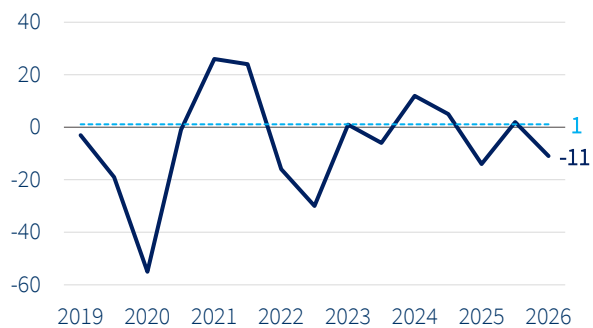
Geschäftslage



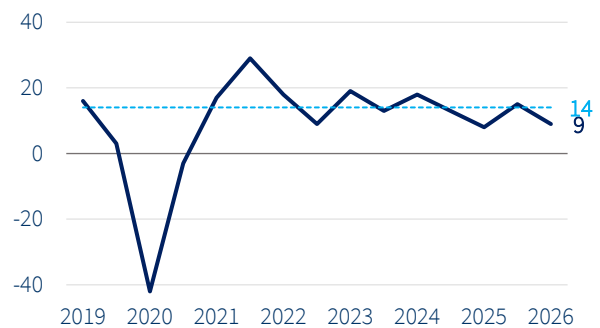
Geschäftserwartungen



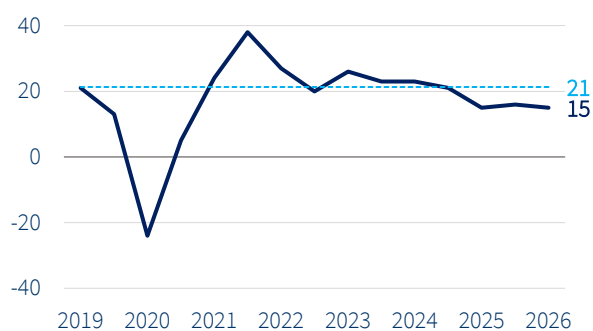
Konjunkturerwartungen



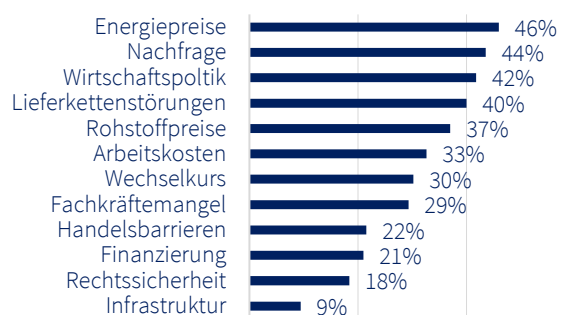
Investitionsabsichten



Beschäftigungsabsichten



Geschäftsrisiken (in Prozent, Mehrfachnennung)



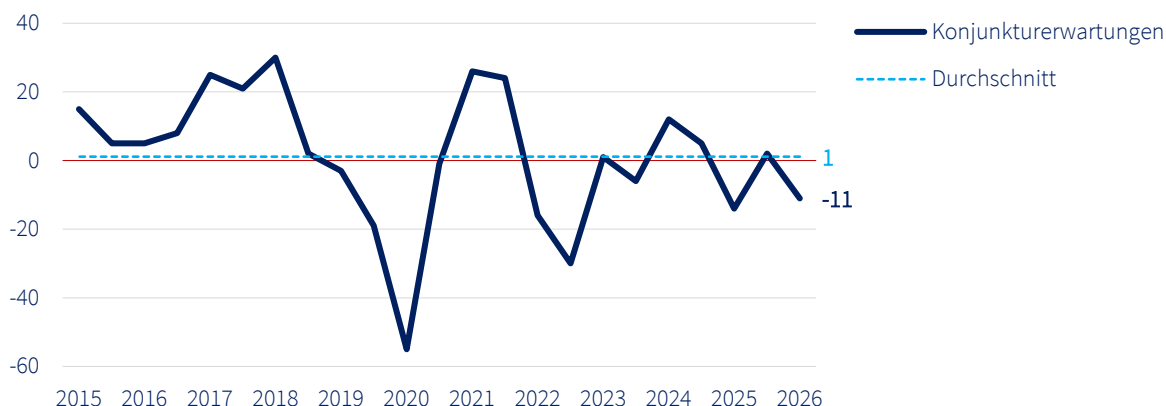


# Globale Konjunktur: Erwartungen deutscher Unternehmen

Die globale Konjunkturerholung erhält einen gehörigen Dämpfer. Die Erwartungen der deutschen Unternehmen an die Konjunktur an ihren ausländischen Standorten knicken weltweit ein. Der Optimismus der Unternehmen im Herbst letzten Jahres wirkt somit nur wie eine Verschnaufpause. Das Geschäftsumfeld wird international zunehmend als fragil und schwer kalkulierbar wahrgenommen. Eine wirtschaftliche Erholung rückt ein weiteres Mal in die Zukunft. Die Weltwirtschaft wächst zwar moderat, jedoch unterdurchschnittlich im Vergleich zu den vergangenen Jahren. Der Krieg im Nahen Osten hat die Hoffnung auf eine durchgreifende konjunkturelle Erholung zunichte gemacht. Die Konjunkturerwartungen rutschen deutlich in den negativen Bereich, sie liegen per Saldo nur knapp über dem Niveau des Zollschocks im letzten Jahr.

32 Prozent der Unternehmen erwarten in den kommenden zwölf Monaten eine Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung an ihren Standorten, nachdem dieser Anteil zuvor 24 Prozent betragen hat. Demgegenüber rechnen nur noch 21 Prozent der Unternehmen mit einer besseren konjunkturellen Entwicklung, im Herbst 2025 waren es noch 26 Prozent. Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von plus zwei auf minus elf Punkte und liegt damit deutlich unter langjährigen Durchschnittswert von einem Punkt.

## Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit (Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ - Antworten in Punkten)



Der externe Schock, ausgelöst durch den Krieg im Nahen Osten am 28. Februar, zeigt die Anfälligkeit der Weltwirtschaft. Regionen und Länder, die stärker auf Öl- und Gasimporte aus der Golfregion ausgerichtet sind, sind stärker von den Auswirkungen der Blockade der Straße von Hormus betroffen. Andere Länder, welche beispielsweise über eigene Ölvorkommen verfügen oder die weniger auf Lieferungen aus anderen Ländern angewiesen sind hingegen resilienter.

Deutlich pessimistischere Konjunktüreinschätzungen als im Rest der Welt kommen sowohl aus Europa als auch aus der Asien-Pazifik-Region (ohne China): Während in der EU nur zwölf Prozent eine bessere konjunkturelle Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten erwarten, ist dort mehr als jedes dritte Unternehmen pessimistisch.

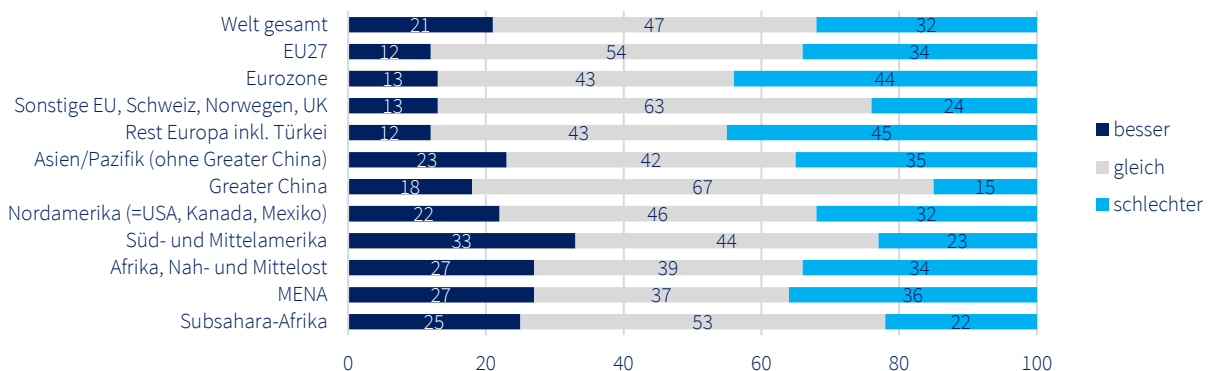


Besonders stark die Konjunkturerwartungen in Italien ab. Italien weist die höchste Abhängigkeit von Erdgasimporten aus dem Nahen Osten in der EU auf, 35 Prozent der Importe stammen aus der Golfregion.

In der **Asien-Pazifik-Region (ohne Greater China)** sind mit 23 Prozent zwar mehr Stimmen optimistisch als in der EU, mit 35 Prozent überwiegen jedoch auch hier die pessimistische Sicht auf die konjunkturelle Entwicklung vor Ort. Die mangelnde Diversifizierung der Lieferländer beim Bezug von Energie- und Rohstoffen erweisen sich als Belastung für die wirtschaftliche Entwicklung in einzelnen Märkten. Die Auswirkungen des Krieges im Nahen Osten überschatten dabei die Chancen kürzlich abgeschlossener sowie laufender Handelsabkommen – zwischen der EU einerseits und Indien, Malaysia, den Philippinen und Thailand andererseits.

Auch in den **USA** verschlechtern sich die Konjunkturerwartungen deutscher Unternehmen vor Ort erneut. Obwohl die Vereinigten Staaten als Nettoölexporteur theoretisch von steigenden Preisen profitieren könnten, schlägt sich dies nicht in positiveren Konjunkturerwartungen der Unternehmen vor Ort durch. Als Konfliktpartei im Nahen Osten und Initiator für handelspolitische Verwerfungen im vergangenen Jahr sind dort die Aussichten für eine konjunkturelle Erholung begrenzt. 24 Prozent der Unternehmen erwarten eine Erholung, während 30 Prozent mit einer Verschlechterung im kommenden Jahr rechnen (minus sechs nach zuvor minus drei Saldopunkte). Die Perspektiven, an eine konjunkturelle Erholung bleiben damit seit dem Zollschock im letzten Jahr jedoch auch weiterhin im negativen Bereich und weit unter dem langjährigen Durchschnitt für die USA (18 Saldopunkte).

### Konjunkturerwartungen der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



Unternehmen mit optimistischen Konjunkturaussichten finden sich derzeit vor allem in **Süd- und Mittelamerika**. Gründe dafür sind die geografische Entfernung von den aktuellen Konfliktregionen, eigene Ölvorkommen sowie zusätzliche Impulse durch Chancen aus dem Mercosur-Abkommen. Entsprechend erwarten 33 Prozent der Unternehmen im kommenden Jahr eine konjunkturelle Verbesserung, während 23 Prozent mit einer Verschlechterung rechnen. Der Saldo steigt von fünf auf nun zehn Punkte und liegt damit über dem langjährigen Durchschnitt (vier Saldopunkte).

Deutlich verhaltener fallen die Einschätzungen für **China** aus. Zwar zeigt sich die chinesische Wirtschaft vergleichsweise resilient, da eigene raffinierte Ölprodukte, deflationäre Tendenzen, strategische Reserven und breit diversifizierte Öleinfuhren kurzfristige Preisschocks abfedern können und die Energiesicherheit im aktuellen Fünfjahresplan eine hohe Priorität genießt. Dennoch bleiben die langfristigen Sorgen groß, insbesondere wegen der starken Exportabhängigkeit der Volkswirtschaft, so dass die Konjunkturerwartungen trotz leichter Verbesserung insgesamt nur ein durchschnittliches Niveau erreichen. Besser und schlechter Bewertungen halten sich in etwa die Waage (Saldo zwei nach zuvor minus 25 Punkten, langjähriger Schnitt ein Punkt).



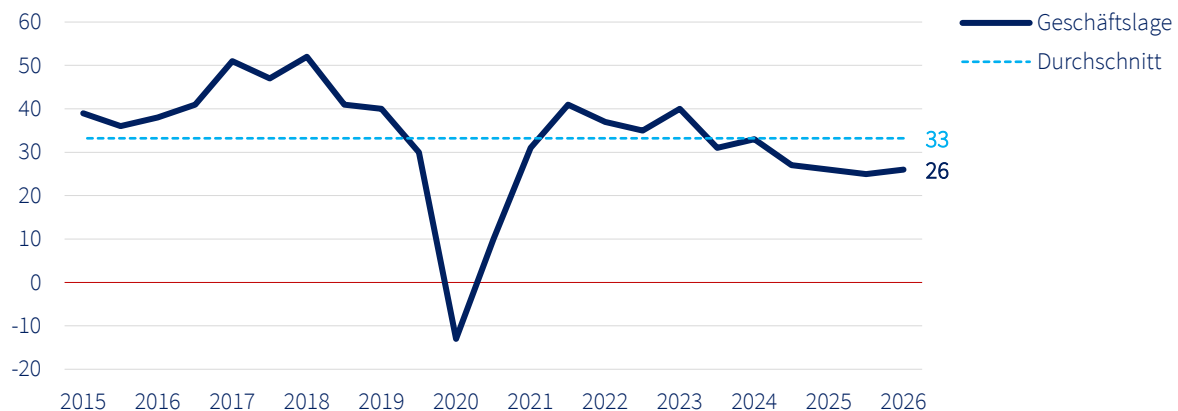
# Geschäftsstimmung deutscher Unternehmen weltweit

Die Stimmung deutscher Unternehmen im Ausland bezüglich ihres eigenen Geschäfts hat sich vorerst stabilisiert. Der Abwärtstrend bei der Lagebewertung, der sich seit Jahresbeginn 2023 abgezeichnet hatte, ist im Frühjahr 2026 vorerst gestoppt. Dennoch liegt auch dieser Wert noch unter dem langjährigen weltweiten Durchschnitt. Aktuell bewerten 39 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage als gut, 48 Prozent als befriedigend und 13 Prozent als schlecht. Der Saldo aus positiven und negativen Einschätzungen steigt leicht von 25 auf 26 Punkte.

Im Vergleich der Wirtschaftszweige ist die Geschäftslage bei den Dienstleistungsunternehmen am besten: Saldo 31 Punkte. Industrie und Baugewerbe sind zurückhaltender (Saldo: 23 Punkte). Die Lagebewertungen bei Handelsunternehmen fällt im Vergleich zu den anderen Branchen am schlechtesten aus (Saldo 21 Punkte).

## Geschäftslage der Unternehmen weltweit

(Saldo aus „gut“ minus „schlecht“ - Antworten in Punkten)



Während sich die Geschäftslage der deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten auf niedrigem Niveau stabilisiert, zeigen sich Unterschiede im weltweiten Vergleich.

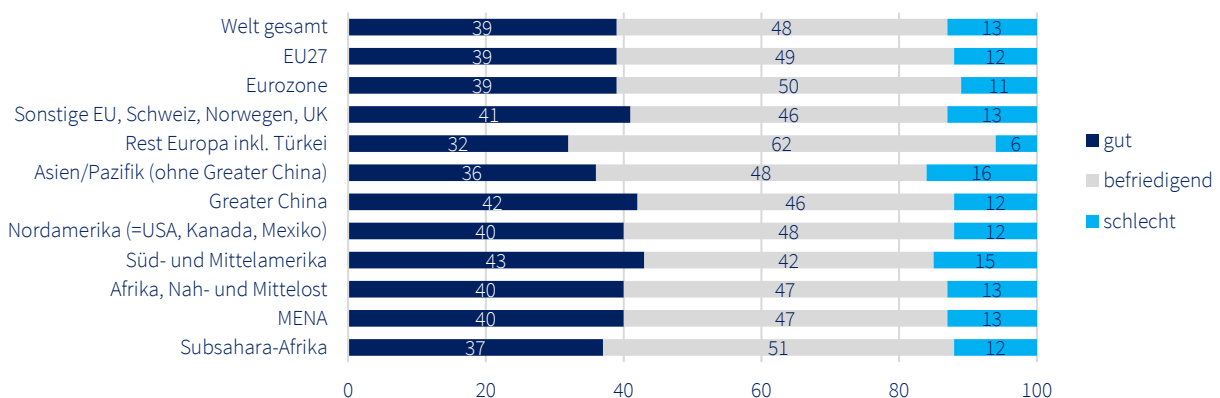
Signifikant verschlechtert sich die Geschäftslage bei Unternehmen **in direkter Umgebung zur Konfliktregion im Nahen Osten**. In Pakistan (Saldo 38 nach zuvor 51 Punkten) aber auch im Irak und Israel ist die Geschäftslage der deutschen Unternehmen trüb. In den Golfstaaten (Vereinigte Arabische Emirate, Bahrain, Katar, Kuwait, Saudi-Arabien, Oman) bricht die Lagebewertung der Unternehmen gegenüber der Vorumfrage im Herbst förmlich ein (Saldo von 51 auf 19 Punkte). Besonders stark ist der Rückgang in den Vereinigten Arabischen Emiraten (Saldo acht nach zuvor 60 Punkten).

Eine angespannte Lage zeigt sich auch in Ländern der **Asien-Pazifik-Region (ohne China)**, wo eine hohe Abhängigkeit von Energieimporten vorherrscht und die Stimmung der Unternehmen vor Ort belastet (Saldo 20 nach zuvor 22 Punkten). Besonders deutlich verschlechtert sich die Situation in Sri Lanka, aber auch in Indien und auf den



Philippinen. In Japan verbessert sich die Lageeinschätzung hingegen geringfügig auf niedrigem Niveau (Saldo 10 nach zuvor 8).

### Geschäftslage der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



Eine positive, leicht verbesserte Geschäftslage zeigt sich in der **EU**: Saldo 27 nach zuvor 23 Punkte, Schnitt: 25 Saldo-punkte. Besonders positiv stechen Lettland und Litauen hervor, getragen von Digitalisierung und steigenden Verteidigungs- und Sicherheitsinvestitionen. Auch in Spanien und Griechenland bewerten deutsche Unternehmen ihre Lage überwiegend gut (Saldo 38 bzw. 37 Punkte). Die Wirtschaft kann von Reformen, die in Folge der Eurokrise umgesetzt wurden, mittlerweile sehr profitieren.

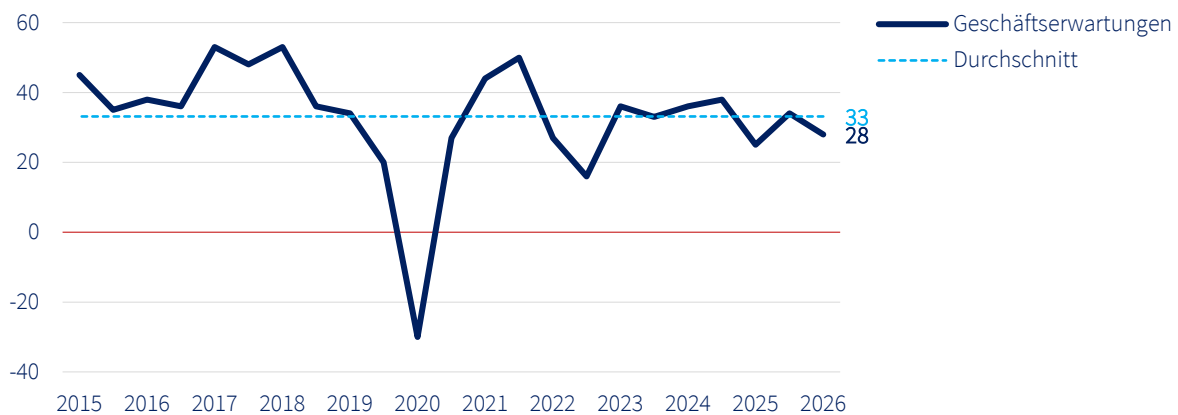
Die Stimmung in **China** hat sich ebenfalls deutlich aufgehellt (Saldo 29 nach zuvor minus fünf Punkten). Die erzielte Einigung im Zollstreit mit den USA lässt den Handelskonflikt zwischen den beiden Ländern zumindest wieder etwas Hintergrund rücken. Deutsche Unternehmen produzieren dort in der Zwischenzeit häufig überwiegend für den chinesischen Markt. Da vieles vor Ort produziert wird, spielen Energie- und Lieferkettensicherheit für das eigene Geschäft oftmals eine geringere Rolle.

In den **USA** normalisiert sich die Geschäftslage deutscher Unternehmen wieder nach dem Zollchaos im vergangenen Jahr. Unternehmen haben tragfähige Strategien zum Umgang mit Zöllen und handelspolitischer Unsicherheit entwickelt. Gleichzeitig verbessert das Urteil des US Supreme Courts, welches Rückerstattungen von bereits gezahlten Zöllen mit sich bringt, die Situation und die Perspektiven der Unternehmen vor Ort. Der Saldo steigt auf 31 Punkte (zuvor 23 Punkte), er liegt jedoch weiterhin unter dem langjährigen Durchschnitt von 51 Punkten. Deutsche Unternehmen mit lokalen Produktionsstandorten in den USA können zwar auch von Maßnahmen zum Schutz der heimischen US-Wirtschaft profitieren, dennoch bleibt die Unsicherheit hinsichtlich der amerikanischen Wirtschafts- und Handelspolitik bestehen.

Die Geschäfte deutscher Unternehmen an ihren Auslandsstandorten erweisen sich vor dem Hintergrund der aktuellen Krisen als vergleichsweise robust. Ihre Geschäftserwartungen trüben sich aufgrund der aktuellen Krisen ein, jedoch weniger stark als ihre Erwartungen an die allgemeine konjunkturelle Entwicklung vor Ort. Hohe Energiepreise und Störungen in Lieferketten betreffen die Geschäfte indirekt oder direkt: Bei vielen Betrieben haben sich die Absatzchancen verschlechtert, sie blicken an ihren internationalen Standorten weniger zuversichtlich auf die kommenden zwölf Monate. Im Vergleich zum Herbst 2025 ist die Bewertung der deutschen Auslandsunternehmen wieder klar schlechter, sie liegt per Saldo unterhalb des durchschnittlichen Niveaus.



## Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit (Saldo aus „besser“ minus „schlechter“ Antworten in Punkten)



43 Prozent rechnen in den kommenden zwölf Monaten mit besseren Geschäften (Herbst 2025: 44 Prozent), 42 Prozent erwarten eine gleichbleibende Geschäftstätigkeit vor Ort (Herbst 2025: 46 Prozent). 15 Prozent gehen von einer Verschlechterung aus (Herbst 2025: zehn Prozent). Der Saldo aus positiven und negativen Erwartungen sinkt von 34 auf 28 Punkte und liegt wieder unter dem langjährigen Durchschnitt von 33 Punkten. Diese Verschlechterung der geschäftlichen Perspektive fällt weniger stark aus als die erwartete konjunkturelle Abkühlung (Saldoverlust um 15 Punkte).

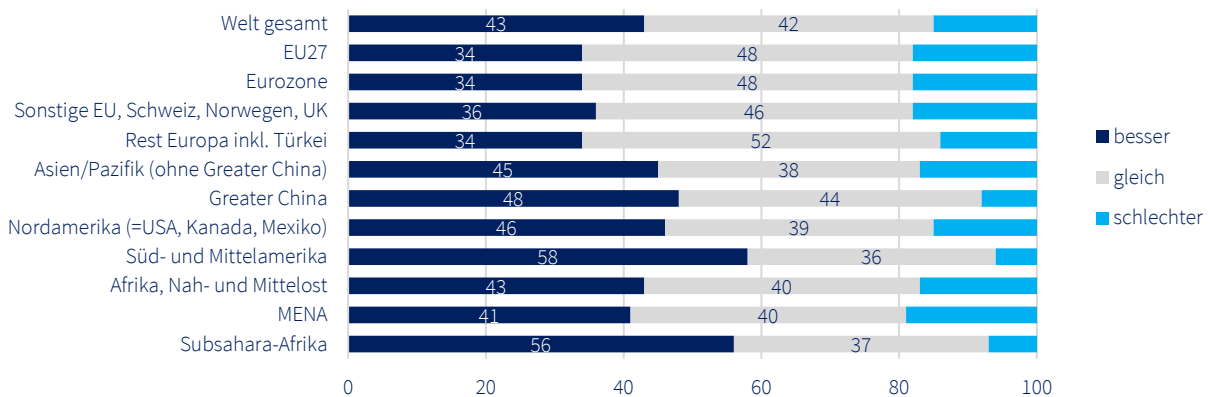
Ein insgesamt positiveres Stimmungsbild als im weltweiten Durchschnitt ergibt sich in **Süd- und Mittelamerika** (Saldo 52 nach zuvor 47 Punkte). Wirtschaftsfreundlichere Regierungen stärken dort das Vertrauen der Unternehmen. Positiv wirkt zudem das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten, das ab dem 1. Mai 2026 vorläufig angewendet wird. Deutsche Unternehmen richten ihren strategischen Fokus stärker auf die Region. Viele Länder verfügen über eigene Erdölvorkommen und sind diesbezüglich weniger importabhängig. Optimistischer als noch zuvor sind die Mercosur-Staaten in Südamerika sowie Bolivien (Argentinien: Saldo 33 nach zuvor 27, Bolivien: 52 zuvor 36, Brasilien 51 zuvor 41, Paraguay: 84 zuvor 70 Punkte). In Ländern außerhalb des Mercosur prägen geopolitische und globale wirtschaftliche Risiken die Stimmung. In Zentralamerika fallen die Erwartungen verhalten aus. Handelsbarrieren und Zölle sowie die große Unsicherheit der US-Handelspolitik erschweren den Handel mit dem Wirtschaftsgiganten USA, von dem die Region stark abhängig ist.

An den **chinesischen Standorten** bewerten deutsche Unternehmen die Aussichten für ihre eigenen Geschäfte überdurchschnittlich positiv, und zwar deutlich besser als noch im Herbst 2025: Knapp die Hälfte der Unternehmen erwartet bessere Geschäfte, nur sieben Prozent eine Verschlechterung.

Auch die Erwartungen deutscher Unternehmen in den **USA** haben sich erhöht: Knapp die Hälfte erwartet bessere Geschäfte, 15 Prozent hingegen eine Verschlechterung. Der Saldo steigt von 24 auf 31 Punkte. Daran zeigt sich, dass sich das wirtschaftspolitische Chaos im ersten Jahr der neuen US-Administration vielfach gelegt hat. Die deutschen Unternehmen blicken, auch aufgrund ihrer Positionierung im Wettbewerbsvergleich zu Konkurrenten, dort wieder positiv auf ihre Geschäfte. Trotz dieser Aufhellung im Vergleich zum Herbst 2025 bleiben die Erwartungen dennoch nur unterdurchschnittlich (Durchschnitt 44 Saldopunkte) – ein Ausdruck der bestehenden handelspolitischen Unsicherheiten.



## Geschäftserwartungen der Unternehmen weltweit (Anteil der Nennungen in Prozent)



Pessimistischer als noch im Herbst sind deutsche Unternehmen an Ihren Standorten in **Europa**. Schwach und eingetrübt zeigen sich die Geschäftsperspektiven in der EU (Saldo 16 nach zuvor noch 21 Punkten). An ihren Standorten in Italien (Saldo sechs Punkte), Rumänien (Saldo sieben Punkte) und Ungarn (Saldo minus drei Punkte) blicken deutsche Unternehmen zurückhaltend auf die Entwicklung ihrer Geschäfte im nächsten Jahr. In Europa außerhalb der EU-27 (Schweiz, Norwegen und UK) verbessern sich die Erwartungen geringfügig, auf unterdurchschnittlichem Niveau (Saldo 18 nach 17 Punkten, langjähriger Schnitt 25 Saldopunkte). Eine Ausnahme in Europa bildet Norwegen. Die Energie- und Rohstoffreserven des Landes sowie Aufträge in der Sicherheits- und Luftfahrtindustrie stützen die guten Aussichten. Dort verbessert sich der Saldo von 48 auf 65 Punkte.

Auch wenn die Geschäftserwartungen deutscher Unternehmen in der **Asien-Pazifik-Region** (ohne China) im weltweiten Vergleich überdurchschnittlich gut bewertet werden, haben sich die Aussichten gegenüber Herbst letzten Jahres stark verschlechtert (Saldo 28 nach zuvor 41 Punkten). Vor allem in Sri Lanka, Thailand und Vietnam, die von Energie und Rohstoffpreissteigerungen und Störungen in der Lieferkette durch den Krieg im Nahen Osten besonders betroffen sind, bewerten Unternehmen die erwarteten Geschäfte weniger zuversichtlich (Saldo: Sri Lanka: 27 nach zuvor 70, Thailand: minus vier nach zuvor 33, Vietnam: 15 nach zuvor 52 Punkten).

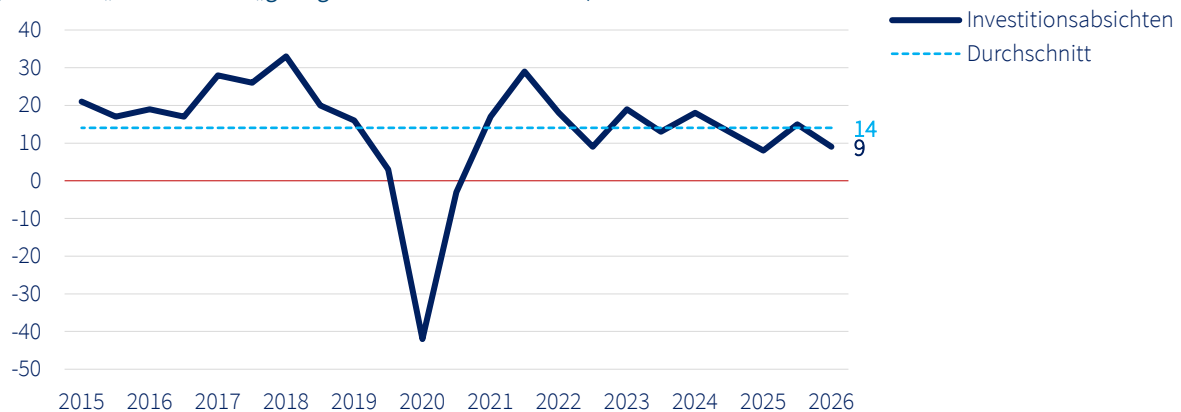


# Investitions- und Personalplanung

Viele Unternehmen reduzieren aufgrund der nur schwer absehbaren konjunkturellen Entwicklung in diesem Jahr ihre Investitionspläne. Die Unsicherheit hinsichtlich der Entwicklung der geopolitischen Situation sowie dessen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft hemmen die Investitionsvorhaben der deutschen Unternehmen an ihren internationalen Standorten. 31 Prozent planen in den kommenden zwölf Monaten höhere Investitionen (Herbst 2025: 33 Prozent), während 22 Prozent ihren Kapitaleinsatz reduzieren wollen (Herbst 2025: 15 Prozent). Knapp die Hälfte der Unternehmen beabsichtigt, das bisherige Investitionsniveau beizubehalten. Der Saldo sinkt von 15 auf neun Punkte und liegt damit unter dem langjährigen Durchschnitt (14 Punkte). Die Investitionsdynamik deutscher Unternehmen im Ausland verliert wieder an Fahrt. Die Investitionspläne schaffen es per Saldo nur knapp über das niedrige Niveau des Vorjahres (Frühjahr 2025: 8 Punkte).

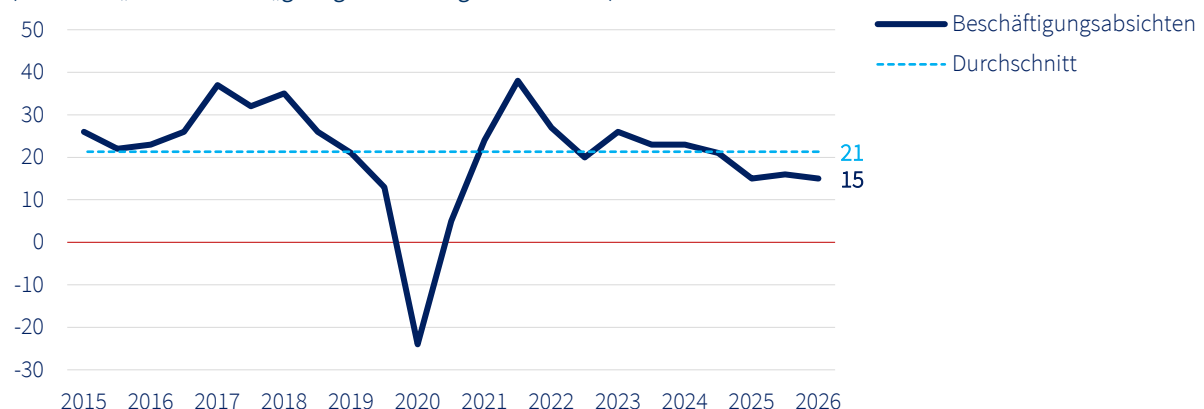
## Investitionsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Antworten in Punkten)



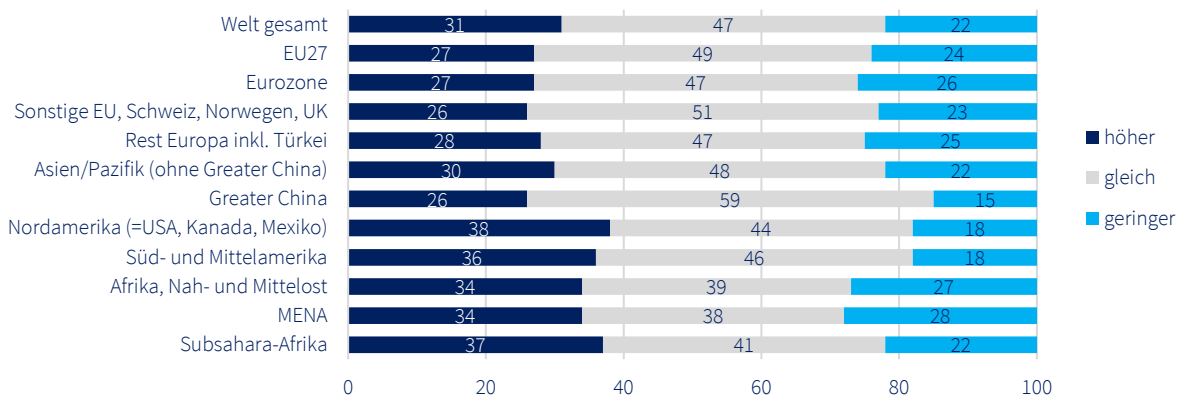
## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen

(Saldo aus „höher“ minus „geringer“-Meldungen in Punkten)

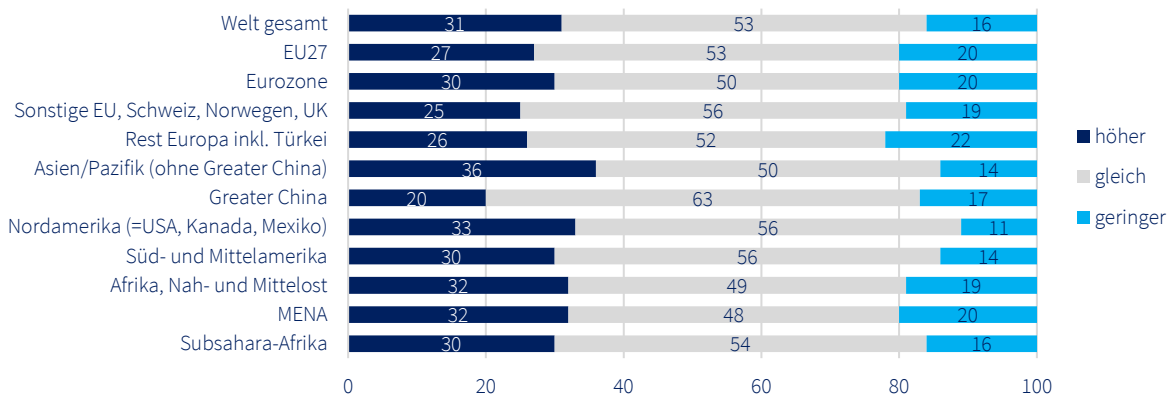




## Investitionsabsichten der Unternehmen (Anteil der Nennungen in Prozent)



## Beschäftigungsabsichten der Unternehmen (Anteil der Nennungen in Prozent)



Der pessimistische Blick auf die Konjunktorentwicklung spiegelt sich auch in den Beschäftigungsplänen deutscher Unternehmen im Ausland wider. Der anhaltende Konflikt im Nahen Osten und die Auswirkungen für die Weltwirtschaft sorgen für zurückhaltendere Personalpläne bei den Unternehmen. 31 Prozent der Unternehmen beabsichtigen, ihren Personalbestand in den kommenden zwölf Monaten zu erhöhen, 16 Prozent planen eine Reduzierung rechnen mit einem Rückgang. Der Saldo aus zunehmenden und abnehmenden Beschäftigungsabsichten sinkt leicht von 16 auf 15 Punkte. Damit bleiben die Personalpläne auch weiterhin hinter dem langjährigen Durchschnitt von 21 Punkten zurück.

In den **USA** verbessern sich sowohl die Investitionsabsichten (Saldo 23 nach zuvor 3 Punkte) als auch die Beschäftigungsabsichten (Saldo 25 nach zuvor 17 Punkten) der deutschen Unternehmen. In den Erwägungen der Betriebe mit lokalem Sitz in den USA überwiegen inzwischen wieder die Argumente, dass die USA gute Investitionsbedingungen anbieten. Handelspolitische Probleme, die durch den sogenannten Liberation Day im letzten Jahr aufgetreten sind, werden aktuell wieder schwächer bewertet. Die Hochzollpolitik von Präsident Trump verschafft ihnen durch ihre lokale Präsenz einen Marktvorteil gegenüber den Unternehmen, die lediglich in die USA exportieren. Mit der massiven Zunahme von Zöllen und anderen Handelsbarrieren setzen deutsche Unternehmen in den USA vermehrt



auf *local for local* und bauen ihre US-Standorte weiter aus. Das Investitionsniveau an Ihren Standorten in den USA nähert sich damit wieder dem durchschnittlichen Niveau (Durchschnitt: 24 Saldopunkte). Die Beschäftigungsabsichten (Saldo 25 Punkte) bleiben jedoch auch weiterhin merklich unter dem langjährigen US-Durchschnitt (35 Saldopunkte).

Pessimistischer sind hingegen deutsche Unternehmen an ihren Standorten in **Kanada** und **Mexiko**. In Kanada bleiben die Personalplanungen auf einem ähnlich pessimistischen Niveau wie noch zuvor (Saldo minus zehn nach zuvor minus elf Punkten), während sie sich in Mexiko noch weiter verschlechtert haben (Saldo 10 nach zuvor 20 Punkten).

In der **Asien-Pazifik Region (ohne China)** verschlechtern sich neben den Investitionsabsichten deutscher Unternehmen (Saldo acht nach zuvor 20) auch die Beschäftigungspläne (22 nach zuvor 24 Punkten). Mit besonders starken Kürzungen ihrer Investitionen reagieren Unternehmen in Südkorea und Vietnam (Saldo minus 39 nach zuvor plus sechs Punkten sowie sechs nach zuvor 52 Punkten). Die hohe Abhängigkeit von Energieimporten aus der Golfregion und die daraus resultierenden Belastungen durch den Nahostkonflikt sind hier der maßgebliche Auslöser. Trotz rückläufiger Investitionsvorhaben verbessern sich in Japan die Beschäftigungsabsichten der Unternehmen leicht. Sie liegen sogar deutlich über dem weltweiten Niveau

In **China** hingegen verharren die Investitionspläne deutscher Unternehmen auf demselben vorsichtigen Niveau (Saldo 12 Punkte) der Vorumfrage. Sie liegen aber über dem weltweiten Durchschnitt von neun Punkten, was die wichtige Bedeutung des Standorts unterstreicht.

Innerhalb der **Eurozone** zeigt sich insgesamt weiterhin Zurückhaltung bei den Investitionen. Expansive und restriktive Investitionspläne liegen weitgehend im Gleichgewicht, sodass sich insgesamt nur ein gedämpftes Bild ergibt (Saldo plus ein Punkt nach zuvor 4 Punkten). Gleichzeitig gibt es jedoch einzelne Länder mit positiven Sonderentwicklungen: Litauen (Saldo 22 Punkte) und Lettland (Saldo 37 Punkte) profitieren von Potenzialen in der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, während Spanien (Saldo 23 Punkte) und Griechenland (Saldo 18 Punkte) dank überdurchschnittlicher Wachstumsraten positiv hervorstechen.

Die Beschäftigungsabsichten der deutschen Unternehmen in der **Europäischen Union** gehen wieder zurück, nachdem sie im Herbst 2025 leicht angestiegen waren (Saldo 7 nach 9 Punkte). Hohe Arbeitskosten stellen nach wie vor ein zentrales Geschäftsrisiko dar; neben den Nachwirkungen der inflationsbedingten Lohnsteigerungen infolge des Ukrainekriegs wirken sich zunehmend auch die jüngst verhandelten Tarifverträge dämpfend auf die Einstellungsbereitschaft aus. Besonders schwach, wenngleich etwas besser als noch im Herbst, sind die Beschäftigungsabsichten in Slowenien (Saldo minus 10 nach zuvor minus 15 Punkte). In der **Türkei** sind Unternehmen deutlich pessimistischer als im Jahr zuvor (minus 27 Saldopunkte nach zuvor minus elf).

In **Südamerika** ist das Bild der Investitions- und Beschäftigungsabsichten deutscher Unternehmen nicht einheitlich positiv, wenngleich überall auf hohem Niveau: Mehr als ein Drittel der deutschen Unternehmen plant seine Investitionen vor Ort aufzustocken, nur etwa jedes fünfte Unternehmen plant geringere Investitionen im kommenden Jahr (Saldo 18 nach zuvor 24 Punkten): Insbesondere Paraguay und Bolivien stechen durch eine sehr hohe Investitionsbereitschaft hervor (Saldo 70 sowie Saldo 44 Punkte). In Ecuador (Saldo 9 nach zuvor 55 Punkten) und Argentinien (Saldo 4 nach zuvor 19 Punkten) hingegen haben sich die Investitionsabsichten deutscher Unternehmen im Vergleich zum Herbst 2025 spürbar verschlechtert. Restriktivere Investitionsvorhaben überwiegen und die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen werden als zunehmend herausfordernd eingeschätzt. Die Beschäftigungsabsichten in



**Süd- und Mittelamerika** trüben sich im Vergleich zum Herbst leicht ein (Saldo 16 nach zuvor 17 Punkten). Sie bleibt jedoch auch weiterhin über dem langjährigen Durchschnitt von 15 Saldopunkten.

In der vom Krieg im Nahen Osten direkt betroffenen **Golfregion** fallen die Investitionspläne deutscher Unternehmen vor Ort deutlich restriktiver aus. Für das kommende Jahr planen 26 Prozent höhere Investitionen, während 42 Prozent der Betriebe ihre Pläne zurückschrauben. Der Saldo sinkt von 30 Punkten im Herbst auf nur noch minus 16 Prozentpunkte. Auch die Beschäftigungsabsichten knicken ein (Saldo minus sieben nach zuvor plus 31 Punkten). Insbesondere in den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait verschlechtern sich die Beschäftigungspläne (VAE: minus 18 Punkte; Kuwait: minus 16). Aufgrund der unsicheren Lage beklagen deutsche Unternehmen vor Ort Schwierigkeiten bei der Mitarbeiterentsendung. Bei Sicherheitsfragen und Reisemöglichkeiten sowie operative Risiken. Das erschwert internationale Einsätze deutlich, mit direkten Folgen für Projekte und Geschäftsabschlüsse.

In **Subsahara Afrika** sticht Südafrika besonders positiv hervor: Investitions- und Beschäftigungspläne hellen sich auf. Dort planen 30 Prozent der Unternehmen, im kommenden Jahr zusätzliche Beschäftigte einzustellen, nachdem es in der Herbstumfrage 36 Prozent waren. Auch die Investitionspläne vor Ort bleiben auf einem hohen Niveau (Saldo 15 nach zuvor minus 23 Punkten).



## Geschäftsrisiken weltweit

Unternehmen sehen sich mit einer Vielzahl unterschiedlicher konjunktureller und wirtschaftspolitischer Risiken konfrontiert. Geopolitische Risiken sind dabei jedoch aktuell bestimmend. Die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten und insbesondere die daraus resultierende Verknappung des Öl- und Gasangebotes lässt nicht nur die Energiepreise, sondern auch Preise für Rohstoffe und nachgelagerte Produkte weltweit steigen. Die bislang kaum passierbare Straße von Hormus sowie die Schließung wichtiger Luftfrachtdrehkreuze in der Region sorgen global für Lieferkettenstörungen.

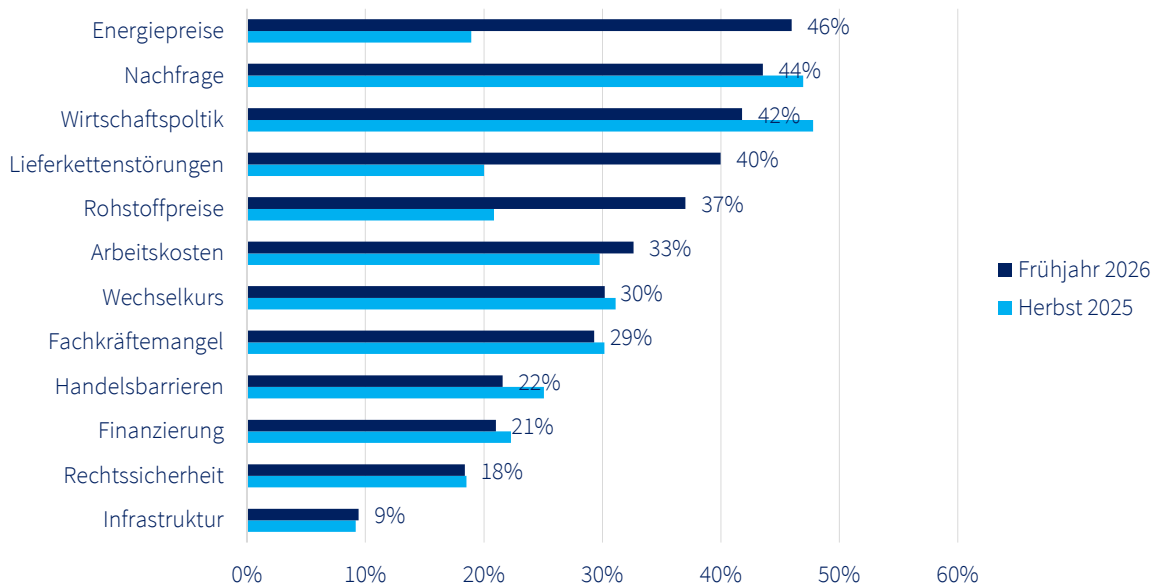
Die damit verbundenen Geschäftsrisiken steigen weltweit am stärksten im Vergleich zur Vorumfrage an. Das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko sind hohe **Energiepreise**, die etwa von jedem zweiten Unternehmen beanstandet werden. Die Zunahme innerhalb weniger Monate ist beachtlich, von 19 auf 46 Prozent (langjähriger Schnitt 30 Prozent). Als Risiko für ihre Geschäfte nennen diesen Faktor nun doppelt so viele Unternehmen wie noch im Herbst 2025. Aufgrund der Abhängigkeit vieler asiatischer Länder von den Energieimporten aus dem Nahen Osten wird dieses Geschäftsrisiko bei deutschen Unternehmen vor Ort noch größer wahrgenommen als im Rest der Welt (50 Prozent). Auch in China sind steigende Energiepreise ein rasant zunehmendes Geschäftsrisiko (29 nach zuvor zwei Prozent). Zwar hat China seine Energieimporte diversifiziert, doch etwa die Hälfte dieses Energieträgers wird durch die blockierte Meerenge transportiert. Deutsche Unternehmen in China erwarten daher, dass steigende Energiepreise in den kommenden Monaten eine Herausforderung für Ihre Geschäfte werden.

Der Anstieg von **Rohstoffpreisen** ist weltweit für mehr als jedes dritte Unternehmen eine Herausforderung (37 Prozent, Herbst 2025: 21 Prozent). Insbesondere in China wird der Anstieg bei Preisen für Rohstoffe stärker gesehen als noch zuvor (44 Prozent nach vier Prozent). Die Asien-Pazifik-Region ist ebenso von steigenden Rohstoffpreisen betroffen: Für 44 Prozent der deutschen Unternehmen stellt es ein Risiko für ihre Geschäfte vor Ort dar (zuvor 25 Prozent). In wichtigen Zulieferländern für die deutsche Wirtschaft, wie Vietnam, Südkorea und Indien wird dieses Geschäftsrisiko besonders häufig genannt.

**Lieferkettenstörungen** stellen derzeit bereits für 40 Prozent der deutschen Unternehmen ein Geschäftsrisiko da (Herbst 2025: 20 Prozent). Nicht nur aufgrund von Logistischen Engpässen im Nahen Osten, sondern auch wegen nachgelagerten Verzögerungen bei der Produktion in Zulieferbetrieben sind solche Störungen ein wachsendes Risiko für die globalisierte, engvernetzte Weltwirtschaft. In Vietnam ist die Wirtschaft besonders stark vom Außenhandel abhängig, daher sind funktionierende Lieferketten. Für 80 Prozent sind Störungen in der Lieferkette ein Geschäftsrisiko. In Ländern der Golfregion stellen Lieferkettenstörungen für mehr als doppelt so viele Unternehmen ein Geschäftsrisiko dar wie noch Herbst 2025 (aktuell 63 Prozent nach zuvor 26 Prozent). In diesem Zusammenhang sind nicht nur Lieferungen auf dem Seeweg relevant, sondern auch Luftfrachtlieferungen.



## Geschäftsrisiken der Unternehmen in den kommenden zwölf Monaten (in Prozent, Mehrfachantworten möglich)



Auch weiterhin bleiben Wirtschaftspolitische Unsicherheiten und eine **mangelnde Nachfrage** Faktoren, die Unternehmen weltweit Sorge bereiten. Besonders hoch ist nach wie vor das Nachfragerisiko: Immer noch knapp die Hälfte der Unternehmen (44 Prozent nach zuvor 47 Prozent) ist darüber besorgt. In China spiegelt das wider: Die schwache und fragile (Binnen-) Nachfrage ist für sieben von zehn deutschen Unternehmen ein hohes Geschäftsrisiko (71 nach zuvor 79 Prozent). Die mangelnde Inlandsnachfrage in der EU, die von 51 Prozent der dort vertretenen deutschen Unternehmen beklagt wird (zuvor 60 Prozent), ist strukturell bedingt und Ausdruck einer nachlassenden internationalen Wettbewerbsfähigkeit. In Südamerika sehen nur 34 Prozent der Unternehmen in der Binnennachfrage ein Risiko für ihre Geschäfte vor Ort.

**Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen** empfinden weltweit zwar weniger Unternehmen als noch im Vorjahr als Geschäftsrisiko. Aber immer noch 42 Prozent der deutschen Betriebe im Ausland sehen in der Wirtschaftspolitik ein Risiko (Herbst 2025: 48 Prozent). In nahezu allen osteuropäischen Ländern außerhalb der EU sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Geschäftsrisiko. Da in vielen Ländern der Region enge Lieferbeziehungen zur deutschen Industrie bestehen, müssen auch diese Volkswirtschaften sich wirtschaftspolitisch neu auf den Transformationsprozess in Deutschland einstellen. Außerdem wirken sich instabile politische Mehrheiten in einigen Ländern der Region und damit zusammenhängende wirtschaftspolitische Unsicherheiten direkt negativ auf die unternehmerische Planbarkeit aus. In Kenia und Südafrika hat sich dieses Geschäftsrisiko dagegen nahezu halbiert. Wirtschaftsfreundlichen Reformen der dortigen Regierungen stärken zurzeit das Vertrauen deutscher Unternehmen in die Standorte. In Kanada und Mexiko stellen ebenfalls die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen das größte Risiko dar (Kanada 60 Prozent, Mexiko 66 Prozent). In den USA hingegen nimmt das Risiko „Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen“ (53 nach zuvor 59 Prozent) etwas an Bedeutung ab hinter den aktuell steigenden Energiepreisen. In Nordamerika insgesamt gilt aber: Die enge Verflechtung mit der US-Wirtschaft sorgt für eine Erhöhung des Geschäftsrisikos der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für deutsche Unternehmen vor Ort.

**Obwohl Handelsbarrieren** weltweit hoch bleiben, spielen sie vor dem Hintergrund des Konflikts in Nahost eine etwas nachgeordnete Rolle. In den USA hingegen bleiben sie größtes Geschäftsrisiko, gefolgt von



wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und der Nachfrageentwicklung. In Kanada stehen Handelsbarrieren als Geschäftsrisiko weiterhin im Vordergrund. Im Vereinigten Königreich gibt mehr als jedes deutsche Unternehmen vor Ort an, von Handelsbarrieren betroffen zu sein. Im Rest der Welt sind Handelsbarrieren im Vergleich zum Vorjahr nur noch ein bedeutend geringeres Geschäftsrisiko.

In Ost-/Südosteuropa (ohne EU) und Türkei stellen **Arbeitskosten** und **Fachkräftemangel** insgesamt zentrale Geschäftsrisiken dar. Zusätzlich belasten Handelshemmnisse wie der CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM) sowie das EU-Visasystem, vor allem Unternehmen in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien. Visaprobleme führen zu Fachkräftemangel und Störungen in den Lieferketten, sie setzen insbesondere Logistikunternehmen diejenigen unter besonderen Druck, die auf produktionsverbindenden Handel angewiesen sind.

Der Wiederanstieg der Inflation als Folge des Energiepreisschocks trifft vor allem rohstoffimportierende Schwellen- und Entwicklungsländer. Volkswirtschaften mit hoher Importabhängigkeit sind vielfach in Subsahara Afrika, in Süd- und Südostasien (Pakistan, Sri Lanka) sowie in Lateinamerika zu finden. Zudem sind Länder mit hoher Auslandsverschuldung (Türkei, Ägypten) betroffen. In diesen Ländern ist auch der **Wechselkurs** das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko (Türkei 89 Prozent, Ägypten 60 Prozent, Sri Lanka 63 Prozent, Paraguay 48 Prozent, Costa Rica 69 Prozent, Südafrika 50 Prozent). Aber auch für Volkswirtschaften wie Japan und Südkorea, die stark von Energieimporten aus dem Nahen Osten angewiesen sind, welche in US-Dollar gehandelt werden, ist der Wechselkurs das am häufigsten genannte Geschäftsrisiko (Japan 84 Prozent, Südkorea 77 Prozent). Aufgrund der anhaltenden Schwäche der dortigen Währungen gegenüber dem US-Dollar wirkt der generelle Anstieg der Energiepreise dort sogar noch verstärkt.

Einige Unternehmen haben das Freitextfeld genutzt, um zusätzliche Geschäftsrisiken zu benennen. Dabei sind geopolitische Risiken und politische Rahmenbedingungen dominierend. Unternehmen nennen zudem die Herausforderung der technologischen Umbrüche durch die Nutzung von künstlicher Intelligenz oder andere Kosten- und Inflationsrisiken.

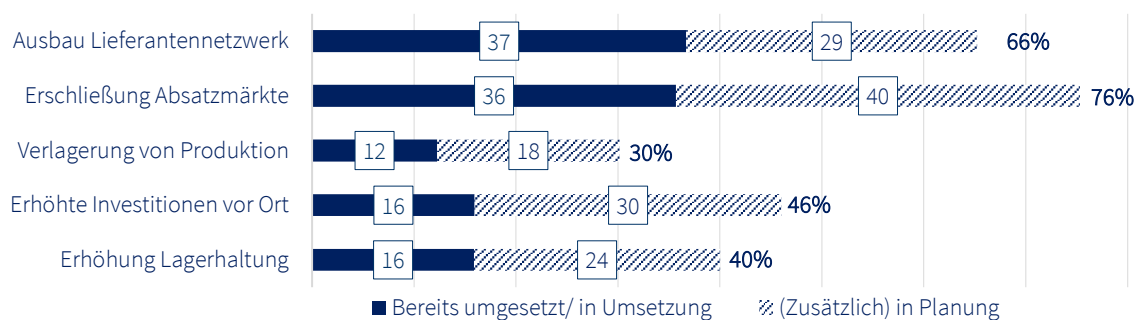


# Umgang mit globalen Herausforderungen

Gestörte Transportwege und Schäden an der Energieinfrastruktur werden die eng vernetzte Weltwirtschaft noch länger beeinträchtigen. Geografische Engstellen entlang zentraler Handels- und Transportwege werden verstärkt zu Hebeln geopolitischer Auseinandersetzungen und gezielt für machtpolitische Interessen genutzt. Direkte Abhängigkeiten von einzelnen Lieferanten können daher zum Hemmnis im internationalen Wettbewerb werden. Unternehmen reagieren darauf mit Maßnahmen zur Stärkung ihrer Resilienz. Diese sind mit Kosten verbunden, können in Krisen aber ein entscheidender Wettbewerbsvorteil sein.

## Mit Blick auf zunehmende geopolitische Herausforderungen: Welche Maßnahmen hat ihr Unternehmen bereits umgesetzt und welche Maßnahmen plant Ihr Unternehmen noch?

(Anteil der Nennungen in Prozent)



Weltweit reagieren Unternehmen mit vielfältigen Anpassungen auf die veränderten Rahmenbedingungen: Zwei Drittel der deutschen Unternehmen bauen ihr **Lieferantennetzwerk** aus oder planen dies. Neue Absatzmärkte haben 76 Prozent der deutschen Unternehmen an ihren Auslandsstandorten bereits erschlossen, oder stehen kurz davor. Besonders die **Ausweitung und Streuung von Lieferanten- und Absatzmärkten** hat sich als zentrales Instrument etabliert, um Abhängigkeiten von einzelnen Ländern, Handelsrouten oder politischen Akteuren zu reduzieren. Gleichzeitig wird ein vollständiger Rückzug aus geopolitisch sensiblen Regionen vermieden. Knapp ein Drittel der Unternehmen **verlagert Produktionskapazitäten**. 46 Prozent berichten von **erhöhten Investitionen vor Ort**. Große Märkte wie China bleiben trotz protektionistischer Tendenzen und handelspolitischer Spannungen von zentraler Bedeutung. Unternehmen reagieren hier mit mehr lokaler Wertschöpfung, Produktionsanpassungen und Marktausweitung, statt mit Abkopplung. Produktionsverlagerungen erfolgen selektiv und vor allem dort, wo Risiken langfristig und strukturell eingeschätzt werden. Um sich vor Lieferkettenstörungen zu schützen und die Abhängigkeit von geopolitischen Spannungsfeldern zu verringern, erhöhen Unternehmen ihre Investitionen vor Ort: Der Trend zu einer stärkeren Lokalisierung und kürzeren Lieferketten setzt sich fort. Einen **Ausbau der Lagerhaltung** haben 40 Prozent der deutschen Unternehmen weltweit umgesetzt oder geplant. Die Erhöhung der Lagerhaltung gewinnt wieder an Bedeutung, um kurzfristige Versorgungsunterbrechungen abzufedern – besonders in der Asien/Pazifik-Region (ohne China) sowie in Kenia, Südafrika und Ägypten, wo aktuell knapp die Hälfte der deutschen Unternehmen vor Ort planen, ihre Lagerhaltung zu erhöhen.

Die Ergebnisse zeigen, dass deutsche Unternehmen geopolitische Risiken inzwischen als dauerhafte Rahmenbedingung ihres internationalen Geschäfts in ihre strategischen Planungen miteinbeziehen. Deutsche Auslandsunternehmen reagieren mit Anpassungen ihrer Lieferketten, Produktionsnetzwerke und Beschaffungsstrategien. Damit verfolgen sie einen strategischen Ansatz, der auf Resilienz, Diversifizierung und regionale Anpassung ausgerichtet ist.